

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Per E-Mail

Staatssekretariat für Migration
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

11. September 2024

Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, zu den Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für diese Möglichkeit.

Der Regierungsrat begrüsst, dass das zentrale Visa-Informationssystem (C-VIS) zukünftig auch für Visa für einen längerfristigen Aufenthalt genutzt werden soll und auch in diesem Zusammenhang Abfragen der verschiedenen europäischen Informationssysteme ermöglicht werden. Der Regierungsrat erachtet die Erneuerung des C-VIS als wichtigen Beitrag zur Gefahrenabwehr und Missbrauchsbekämpfung.

Damit die zusätzlichen Möglichkeiten zur Überprüfung der Identität zielgerichtet genutzt werden können, regt der Regierungsrat eine Präzisierung von Art. 23 Abs. 2 der Verordnung über die Einreise und die Visumerteilung (VEV) an. Es soll aus dieser Verordnungsbestimmung besser ersichtlich werden, in welchen Konstellation das persönliche Erscheinen vorausgesetzt ist und in welchen nicht. Bei der Präzisierung dieser Bestimmung sind die kantonalen Migrationsbehörden miteinzubeziehen.

Der Regierungsrat weist zudem darauf hin, dass die Vorlage zusätzliche Zuständigkeiten für die bereits heute stark belasteten kantonalen Migrationsbehörden vorsieht. Die neuen Aufgaben im Zusammenhang mit der Prüfung von Treffern in den verschiedenen europäischen Systemen werden personelle Ressourcen binden, wobei das konkrete Ausmass dieser Mehrbelastung heute noch nicht absehbar ist. Umso wichtiger erscheint es dem Regierungsrat, dass die Umsetzung der neuen Aufgaben möglichst benutzerfreundlich und ressourcenschonend gestaltet wird. Die Überprüfung von Treffern aus den verschiedenen Systemen sollte rasch sowie ohne Umwege und Doppelspurigkeiten realisiert werden können. In diesem Zusammenhang stellen niederschwellige Kommunikationswege ein nützliches Hilfsmittel dar. Die zuständigen Mitarbeitenden müssen über alle notwendigen Zugänge und Rechte verfügen sowie vom Bund zwingend und rechtzeitig angemessen geschult werden. Schliesslich soll vom Bund eine ausführliche Dokumentation zur Verfügung gestellt werden.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Rudolf Moos, Stabsmitarbeiter des Departements Volkswirtschaft und Inneres (rudolf.moos@ag.ch, 062 835 14 14), gerne zur Verfügung.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Dr. Markus Dieth
Landammann



Joana Filippi
Staatsschreiberin



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Appenzell, 3. Oktober 2024

Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

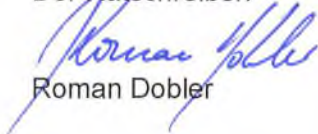
Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zu den Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft und ist mit der Stossrichtung der Vorlage einverstanden. Sie verlangt eine benutzerfreundliche und vor allem ressourcenschonende Umsetzung, da die neuen Aufgaben die Infrastruktur und die personellen Ressourcen zusätzlich beanspruchen werden. Mitarbeitende müssen rasch und effizient Rückfragen tätigen können und über entsprechende Zugänge und Berechtigungen zu den Systemen, eine Schulung und Hilfestellungen erhalten.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:



Roman Dobler

Zur Kenntnis an:

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Departementssekretariat - Inneres und Sicherheit, 9100 Herisau

per Mail (Word und PDF)

vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

Katrin Alder
Regierungsrat
Tel. +41 71 343 63 51
katrin.alder@ar.ch

Herisau, 15. Oktober 2024

CMI 6000.2024-1189

Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Kanton Appenzell Ausserrhoden wurde eingeladen, in rubrizierter Angelegenheit Stellung zu nehmen. Für diese Möglichkeit danken wir Ihnen bestens. Das Geschäft wurde dem Departement Inneres und Sicherheit zur direkten Erledigung zugewiesen und nimmt wie folgt Stellung.

Der Kanton Appenzell Ausserrhoden befürwortet die vorgeschlagenen Verordnungsanpassungen, welche für den Zugang zu bestehenden und künftigen Informationssystemen erforderlich sind. Insbesondere wird die Anpassung betreffend die Erfassung und Abfrage der Daten zu Visa für einen längerfristigen Aufenthalt begrüsst. Die Erweiterung bestehender Informationssysteme ist besonders im Hinblick auf die Gefahrenabwehr und Missbrauchsbekämpfung von Bedeutung. Sowohl die Erweiterung bestehender als auch die Einführung neuer Informationssysteme haben Auswirkungen auf die Aufgaben und die personellen Ressourcen. Zusätzliche Aufgaben wie Trefferanalysen, Datenerfassungen, Abnahme biometrischer Daten müssen übernommen werden.

Aus diesen Gründen unterstützt der Kanton Appenzell Ausserrhoden die Verordnungsanpassungen, verzichtet im Übrigen aber auf eine ausführlichere Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Katrin Alder, Regierungsrätin



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per E-Mail (in Word & PDF) an:
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

RRB Nr.: 1002/2024
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

16. Oktober 2024

**Vernehmlassung des Bundes: Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem.

Der Regierungsrat begrüsst, dass das zentrale Visa-Informationssystem (C-VIS) künftig zusätzliche Informationen enthalten soll und auch bei Visa für einen längerfristigen Aufenthalt eine Abfrage der verschiedenen europäischen Systeme SIS, EES, ETIAS, Euro-pol, sowie der Interpol-Datenbanken SLTD (Datenbank für gestohlene und verlorene Reisedokumente) und TDAWN (Datenbank zur Erfassung von Ausschreibungen zugeordneten Reisedokumenten) stattfindet. Der Regierungsrat des Kantons Bern ist zuversichtlich, dass die Erneuerung des C-VIS einen wichtigen Beitrag zur Gefahrenabwehr und Missbrauchsbekämpfung leisten kann.

Damit die zusätzlichen Möglichkeiten zur Überprüfung der Identität zielgerichtet genutzt werden können, regt der Regierungsrat eine Präzisierung von Art. 23 Abs. 2 der Verordnung vom 15. August 2018 über die Einreise und die Visumserteilung (VEV; SR. 142.204) an (auf Verordnungs- oder Weisungsebene), der das persönliche Erscheinen bei einer Schweizer Vertretung zur Beantragung eines Visums für einen längerfristigen Aufenthalt regelt. Für Konstellationen, die in den Zuständigkeitsbereich der kantonalen Migrationsbehörden fallen, schlägt er vor, dass die angeregte Präzisierung in Zusammenarbeit mit den Kantonen erfolgt.

Gleichzeitig möchte der Regierungsrat mit einer gewissen Besorgnis darauf hinweisen, dass die Vorlage zusätzliche Zuständigkeiten vorsieht für die bereits heute häufig überlasteten kantonalen Migrationsbehörden. Die neuen Aufgaben werden Infrastrukturen und personelle Ressourcen binden. Erfassungsgeräte sind je nach Region bereits heute gut ausgelastet und ihre Beschaffung mit langen Fristen verbunden. Neben dem zeitlichen Aufwand, der für die Trefferanalyse eingerechnet werden muss, stellt auch die Tatsache, dass zukünftig für biometrische Aufenthaltstitel zehn Fingerabdrücke abgenommen werden müssen, für die Migrationsbehörden eine zusätzliche Belastung dar, denn die Fingerabdruckabnahme kann je nach Voraussetzungen bereits heute aufwändig sein.

Umso wichtiger scheint dem Regierungsrat, dass die Umsetzung der neuen Aufgaben möglichst benutzerfreundlich und ressourcenschonend gestaltet wird. Die Überprüfung von Treffern aus anderen Systemen sollte rasch sowie ohne Umwege und Doppelspurigkeiten realisiert werden können. In diesem Zusammenhang stellen niederschwellige Kommunikationswege wie das VIS-Mail für Rückfragen bei der Botschaft ein nützliches Hilfsmittel dar. Die zuständigen Mitarbeitenden müssen über alle notwendigen Zugänge und Rechte verfügen, sowie angemessen von Bundesmitarbeitenden geschult werden und das Vorgehen soll entsprechend dokumentiert werden.

Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen und bittet Sie, diese in die weiteren Arbeiten einfließen zu lassen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Evi Allemann
Regierungspräsidentin



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Datenschutzaufsichtsstelle des Kantons Bern
- Sicherheitsdirektion
- Finanzdirektion
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD, Bern

vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Liestal, 15. Oktober 2024

Vernehmlassung betreffend Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme in obgenanntem Geschäft.

Wir begrüßen, dass das zentrale Visa-Informationssystem (C-VIS) künftig zusätzliche Informationen enthalten soll und auch bei Visa für einen längerfristigen Aufenthalt eine Abfrage der verschiedenen europäischen Systeme stattfindet. Wir sind zuversichtlich, dass die Erneuerung des Visa-Informationssystem C-VIS einen wichtigen Beitrag zur Gefahrenabwehr und Missbrauchsbe- kämpfung leisten kann.

Damit die zusätzlichen Möglichkeiten zur Überprüfung der Identität zielgerichtet genutzt werden können, regen wir eine Präzisierung von Art. 23 Abs. 2 VEV (SR 142.204) an, der das persönliche Erscheinen bei einer Schweizer Vertretung zur Beantragung eines Visums für einen längerfristigen Aufenthalt regelt. Für Konstellationen, die in den Zuständigkeitsbereich der kantonalen Migrations- behörden fallen, schlagen wir vor, dass nicht das SEM (Staatssekretariat für Migration) alleine für den Entscheid betreffend das Aufgebot für ein persönliches Erscheinen von Gesuchstellenden zuständig ist. Vielmehr müssen auch die Kantone in solchen Fällen ein Mitspracherecht haben.

Damit die Kantone effizient arbeiten können, müssen ihnen die elektronischen Kommunikations- wege wie das VIS-Mail (für Rückfragen bei der Botschaft) uneingeschränkt zugänglich sein. Wir bitten Sie zu prüfen, ob die rechtlichen Grundlagen für die Sicherstellung der notwendigen Zugän- ge und Rechte gegeben sind.

Hochachtungsvoll



Isaac Reber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per Mail an
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Basel, 24. September 2024

Regierungsratsbeschluss vom 24. September 2024

Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung; Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 hat der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Bundesrat Beat Jans, die Kantone eingeladen, sich zur Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) zu äussern. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Der Kanton Basel-Stadt unterstützt die Verordnungsanpassungen und begrüsst, dass der Zugriff auf Visa-Daten effizienter gestaltet wird. Insgesamt können durch den erweiterten Datenaustausch grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus effektiver bekämpft werden. Zudem können Visa-Anträge durch den verbesserten Zugriff auf relevante Informationen einfacher und präziser bearbeitet werden.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral de justice et police DFJP
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Courriel : vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Fribourg, le 20 août 2024

2024-743

Modification d'ordonnances en raison de la reprise et de la mise en œuvre des règlements (UE) 2021/1133 et (UE) 2021/1134 relatifs au système central d'information sur les visas (développements de l'acquis de Schengen) – Procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Par courrier du 26 juin dernier, vous nous avez consultés sur l'objet cité en titre, et nous vous en remercions.

En introduisant dans le système central d'information sur les visas (C-VIS) des données supplémentaires, la réforme proposée vise à améliorer la politique des visas et la sécurité des frontières. Les autorités migratoires suisses seront ainsi en mesure de disposer de davantage d'éléments pour procéder à l'examen de demandes de visas et d'autorisations de séjour. Sous l'angle sécuritaire, ces compléments favoriseront les activités de contrôle tant de l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières que des autorités de police. Lors de sa mise en œuvre avec les modifications annoncées, le C-VIS bénéficiera de l'efficacité d'une interopérabilité avec les autres grandes bases de données européennes en matière de migration, en particulier les systèmes propres aux voyages (ETIAS), aux entrées et sorties (EES) et aux informations Schengen (SIS).

Au regard de ces intérêts, nous soutenons sur le principe le projet de modification des ordonnances concernées.

En revanche il y a lieu de souligner que ce projet, dans sa mise en œuvre, touchera tout particulièrement les services cantonaux de migration. Les autorités cantonales migratoires compétentes en matière de visas et d'autorisations de séjour devront analyser dans certains cas les réponses positives déclenchées lors de la transmission des données des demandeurs au C-VIS, conformément au nouvel art. 15b de l'ordonnance SYMIC qui entrera en vigueur en 2026.

Selon les auteurs du rapport explicatif, il n'est pas exclu que l'émission de visas de long séjour ou d'autres autorisations d'entrée pour les personnes non soumises à l'obligation de visa nécessite du personnel supplémentaire. Les autorités cantonales se verront en effet confrontées à une nouvelle charge de travail lors de l'examen des autorisations préalables pour toute demande concernant les autorisations de séjour initiales en vue de l'exercice d'une activité lucrative, ainsi que pour les autorisations de courte durée.

Par ailleurs, même si des vérifications ont déjà eu lieu au stade de l'octroi de visas et du contrôle aux frontières, ce qui arrive parfois, les vérifications liées à l'interopérabilité devront également avoir lieu en Suisse dans le cadre de la procédure d'autorisation et de la délivrance des titres de séjour.

Dans ces circonstances, nous exprimons notre profonde préoccupation quant aux tâches supplémentaires à assumer qui alourdiront notablement la charge de travail au sein d'un service cantonal en charge de la migration d'ores et déjà surchargé. La question de compensations financières de la Confédération devra donc être thématifiée, notamment au sein de la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-Pierre Siggen, Président



Jean-Pierre Siggen
Signature électronique qualifiée - Droit suisse

Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

Danielle Gagnaux-Morel
Signature électronique qualifiée - Droit suisse

L'original de ce document est établi en version électronique

Copie

—

à la Direction de la sécurité, de la justice et du sport, pour elle et le Service de la population et des migrants ;
à la Chancellerie d'Etat.



Genève, le 16 octobre 2024

Le Conseil d'Etat

4134-2024

Département fédéral de justice et police
DFJP
Monsieur Beat Jans
Conseiller fédéral
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Concerne : modification d'ordonnances en raison de la reprise et de la mise en œuvre des règlements (UE) 2021/1133 et (UE) 2021/1134 relatifs au système central d'information sur les visas (développements de l'acquis de Schengen)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Notre Conseil a bien reçu votre lettre du 26 juin dernier, par laquelle vous avez invité le gouvernement cantonal à se prononcer dans le cadre de la procédure de consultation citée en titre, et il vous en remercie.

En ayant accès à ces nouvelles données, via le système central d'information sur les visas (C-VIS), les autorités migratoires suisses pourront mener un examen plus approfondi des demandes de visas et des autorisations de séjour. En outre, les autorités de police disposeront de données supplémentaires, lesquelles permettront de mieux identifier les personnes tout en garantissant la libre circulation au sein de l'espace Schengen.

Nous soutenons pleinement les objectifs visés par cette modification, en particulier les nouvelles dispositions qui permettront une meilleure coordination entre les autorités chargées du contrôle aux frontières, de la migration et de poursuite pénale. Nous estimons également que les adaptations législatives proposées, notamment celles relatives à la loi sur les étrangers et l'intégration (LEI), sont nécessaires pour assurer la compatibilité de notre cadre juridique avec les exigences de l'Union européenne.

Nous vous remercions d'ores et déjà de l'attention que vous voudrez bien prêter aux observations de notre Conseil et vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

Michèle Righetti-El Zayadi

La présidente :

Nathalie Fontanet

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidgenössisches Justiz- und Poli-
zeidepartement
3003 Bern

Glarus, 1. Oktober 2024
Unsere Ref: 2024-163

**Vernehmlassung i. S. Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umset-
zung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale
Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)**

Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren


Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement gab uns in eingangs genannter Angele-
genheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt
vernehmen:


Der Kanton Glarus unterstützt die Änderungen der betreffenden Verordnungen, welche er als
zweckmässig und sinnvoll erachtet. Dennoch gilt es aber darauf hinzuweisen, dass diese
Weiterentwicklungen zu einer Zunahme bei den Aufgaben der kantonalen Behörden führen
werden, weshalb in finanzieller als auch in personeller Hinsicht entsprechende Auswirkungen
zu erwarten sind.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den
Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Kaspar Becker
Landammann


Arpad Baranyi
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version): vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
jsdds@lu.ch
www.lu.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

per E-Mail
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Luzern, 17. September 2024

Protokoll-Nr.: 1013

**Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen Besitzstands):
Stellungnahme Kanton Luzern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 26. Juni 2024 haben Sie die Kantonsregierungen im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zur obgenannten Vorlage Stellung zu nehmen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu wie folgt:

Wir unterstützen die Vorlage. Die Reform des zentralen Visa-Informationssystems (C-VIS) wird dazu beitragen, die Herausforderungen im Bereich der Visumpolitik und der Grenzsicherheit besser bewältigen zu können. Wir begrüssen insbesondere, dass unter anderem die kantonalen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden einen direkten Zugriff auf Daten des C-VIS in spezifischen Fällen haben, namentlich um vermisste oder entführte Personen oder Personen, die als Opfer von Menschenhandel eingestuft worden sind oder in diesem Zusammenhang gesucht werden, zu identifizieren. Auch die Verwendung von Daten des C-VIS zwecks Ausschreibung von schutzbedürftige Personen, die am Reisen gehindert werden müssen, oder vermissten Personen im Schengener Informationssystem beurteilen wir als sinnvoll und angemessen.

Soweit die Visaerteilung für einen längerfristigen Aufenthalt in den Zuständigkeitsbereich der kantonalen Migrationsbehörden fällt, erachten wir es als erforderlich, die Zusammenarbeit zwischen dem Staatssekretariat für Migration und den Kantonen hinsichtlich des Erfordernisses des persönlichen Erscheinens der antragsstellenden ausländischen Person bei einer

Schweizer Vertretung genauer zu definieren. Wir regen diesbezüglich eine Präzisierung von Artikel 23 der Verordnung über die Einreise und die Visumserteilung vom 15. August 2018 (VEV; SR 142.204) an oder den Erlass entsprechender Weisungen.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse



Ylfete Fanaj
Regierungsrätin



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Envoi par courrier électronique

(Word et PDF)

Département fédéral de justice et police DFJP
Palais fédéral
3003 Berne

vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Consultation relative à la modification d'ordonnances en raison de la reprise et de la mise en œuvre des règlements (UE) 2021/1133 et (UE) 2021/1134 relatifs au système central d'information sur les visas (développements de l'acquis de Schengen)

Monsieur le conseiller fédéral,

Le Conseil d'État de la République et Canton de Neuchâtel vous remercie de lui avoir fourni la possibilité de participer à la consultation fédérale citée en rubrique.

Le Canton de Neuchâtel n'a pas de remarque à formuler sur les modifications proposées.

En vous remerciant de nous avoir consulté, nous vous prions de recevoir, Monsieur le conseiller fédéral, l'expression de notre plus haute considération.

Neuchâtel, le 25 septembre 2024



Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
F. NATER

La chancelière,
S. DESPLAND

NE



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Herr Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 24. September 2024

Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands). Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 eröffnete das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) unter anderem bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren zu Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands). Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Kanton Nidwalden begrüsst die Verordnungsanpassung.
Wir verweisen auf unsere nachfolgende Begründung.

1 Erwägungen

1.1

Die bevorstehende Implementierung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 markiert einen bedeutenden Fortschritt für das Schengener Visa-Informationssystem (C-VIS). Die Modernisierung und Erweiterung des C-VIS ist ein entscheidender Schritt, um die Herausforderungen der Visa-, Grenz- und Sicherheitspolitik innerhalb des Schengen-Raums effektiv zu bewältigen.

1.2

Die Anpassungen der Verordnungen ermöglichen eine verbesserte Erfassung und Verarbeitung biometrischer Daten sowie einen erweiterten Zugriff für Behörden, die für Visa und Aufenthaltstitel zuständig sind. Dies führt nicht nur zu einer effizienteren Datenverarbeitung und -speicherung, sondern auch zu einer deutlichen Verbesserung der Sicherheitsstandards. Insbesondere die Herabsetzung des Mindestalters für die Erfassung von Fingerabdrücken und die Aufnahme zusätzlicher Fingerabdrücke erweitern die Möglichkeiten zur Identitätsverifikation und tragen damit zur Kriminalitätsbekämpfung und Terrorismusprävention bei.

1.3

Die Einführung neuer Zugriffsrechte für Fluggesellschaften und die Erweiterung der Interoperabilität zwischen verschiedenen EU-Informationssystemen sind innovative Schritte zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Diese Massnahmen werden nicht nur die administrative Effizienz steigern, sondern auch die operative Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten verstärken, was zu einer schnelleren und sichereren Datenverarbeitung führt.

1.4

Zwar zieht die Einführung dieser Verordnungen eine gewisse Anpassung der Prozesse der kantonalen Migrationsbehörden nach sich, doch ist dieser Aufwand durch den erheblichen Mehrwert, den die verbesserte Datenqualität und Zugänglichkeit bieten, gerechtfertigt.

2 Fazit

Wir begrüssen die vorgeschlagenen Verordnungsanpassung zur Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands und sprechen uns für die Vorlage aus.

Der Regierungsrat Nidwalden bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme und deren Berücksichtigung.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES


Res Schmid
Landammann




lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:

- vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch



CH-6060 Sarnen, St. Antonistr. 4, VD

Elektronische Zustellung an
Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch
(PDF- und Word-Version)

Sarnen, 23. September 2024

OWSTK. 5069

Vernehmlassung zu den Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)

Sehr geehrter Herr Bundesrat *Lieber Beat*
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 haben Sie uns zur Vernehmlassung zu den Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) bis am 17. Oktober 2024 eingeladen. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens und lassen uns wie folgt vernehmen:

Das zentrale Visa-Informationssystem (C-VIS) ermöglicht es den zuständigen Behörden, in effizienter Weise die notwendigen Informationen über visumpflichtige Drittstaatsangehörige zu prüfen. Die Schweiz nutzt dieses System bei der Erteilung von Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt. Mit den Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 wird das C-VIS erneuert. Es werden die Zugriffe der Behörden auf verschiedene europäische Informationssysteme zur Bearbeitung von Gesuchen um Erteilung von Visa für einen kurzfristigen oder längerfristigen Aufenthalt sowie von Kurzaufenthalts-, Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen geregelt. In Zukunft werden auch Visa für einen längerfristigen Aufenthalt sowie Aufenthaltstitel im C-VIS erfasst.

Bei allen Visa für einen längerfristigen Aufenthalt werden künftig die biometrischen Daten im ORBIS erfasst, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller persönlich bei der zuständigen Behörde erscheinen muss. Das SEM kann auch in Konstellationen, die in die Zuständigkeit der Kantone fallen, ein persönliches Erscheinen der Antragstellerin oder des Antragstellers bei einer Vertretung und eine Erfassung der biometrischen Daten verlangen. Für ein persönliches Erscheinen spricht vor allem die Identifikation der Person, etwa weil die eingereichten Dokumente zweifelhaft erscheinen oder gefälscht sind. Im Bereich der Visa für einen längerfristigen Aufenthalt, die nicht in die alleinige Zuständigkeit des SEM fallen, bestimmen allein die Kantone, ob die Einreise bewilligt wird. In diesem Fall

wird ein ZEMIS-Dossier eröffnet. Die Bewilligungsdaten werden dann bereits in diesem Zeitpunkt an das C-VIS übermittelt zur Abfrage der verschiedenen europäischen Systeme.

Falls Drittstaatsangehörige von der Visumpflicht für einen längerfristigen Aufenthalt in der Schweiz befreit sind, aber eine Einreisebewilligung benötigen, sind neben dem SEM auch die kantonalen Behörden involviert. Die zuständigen Migrationsbehörden eröffnen ein Dossier im ZEMIS im Hinblick auf eine Einreiseentscheid bei Gesuchen um erstmalige Aufenthaltsbewilligung zur Aufnahme der Erwerbstätigkeit sowie bei sämtlichen Gesuchen für Kurzaufenthalterinnen und Kurzaufenthalter. Sobald das ZEMIS-Dossier eröffnet ist, werden die massgebenden Daten an das C-VIS übermittelt. Daher muss die kantonale Behörde die Treffer, die sich allenfalls bei der Abfrage der verschiedenen europäischen Systeme ergeben, prüfen.

Im Fall von Aufenthalts-, Kurzaufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen, die zur Erteilung eines biometrischen Aufenthaltstitels führen, werden die ZEMIS-Daten an das C-VIS übermittelt, sobald das SEM oder die kantonalen Migrationsbehörden darin die personenbezogenen Daten der Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller erfasst haben. In dieser Phase werden die Daten mit den verschiedenen europäischen Systemen abgeglichen. Daraus ergeben sich Informationen zur Person insbesondere in Zusammenhang mit Ein- und Ausreisen im Schengen-Raum, der Erteilung von Reisegenehmigungen oder allfälligen Ausschreibungen im Schengener Informationssystem (SIS). Bei allen Verfahren zur Erteilung einer ausländerrechtlichen Aufenthaltsbewilligung werden die biometrischen Daten erfasst. Neben dem vor Ort aufgenommenen Gesichtsbild werden künftig zehn Fingerabdrücke abgenommen.


Die kantonalen Migrationsbehörden, die VISA und Aufenthaltsbewilligungen erteilen, müssen in gewissen Fällen die erhaltenen Treffer bei der Übermittlung der Daten der Antragstellerinnen und Antragsteller im C-VIS analysieren. Es entsteht daher ein zusätzlicher Personalbedarf für die Ausstellung von Visa für einen längerfristigen Aufenthalt oder von Einreisebewilligungen für nicht visumpflichtige Personen. Weiter entsteht für die kantonalen Behörden ein Zusatzaufwand bei der Überprüfung der Vorentscheide für erstmalige Aufenthaltsbewilligungen zur Aufnahme der Erwerbstätigkeit sowie bei Gesuchen für Kurzaufenthalterinnen und Kurzaufenthalter. Ausserdem hat eine Überprüfung in Zusammenhang mit der Interoperabilität auch in der Schweiz im Rahmen des Bewilligungsverfahrens und der Erteilung von Aufenthaltstiteln zu erfolgen, auch wenn allenfalls bereits bei der Visumerteilung oder der Grenzkontrolle eine Überprüfung stattgefunden hat.

Der Kanton Obwalden nimmt die vorgeschlagenen Anpassungen zur Kenntnis und weist auf den absehbaren, allerdings nur schwer einzuschätzenden Mehraufwand hin, der den kantonalen Vollzugsbehörden durch die Umsetzung dieser Vorlage entstehen wird. Aus diesem Grund müssen die Prozesse vom Bund derart ausgestaltet werden, dass sich diese problemlos umsetzen lassen und Doppelspurigkeiten vermieden werden. Weiter ist erforderlich, dass die Zugänge zum System C-VIS reibungslos funktionieren, damit allfällige Treffer effektiv geprüft werden können. Ebenso erwartet der Kanton Obwalden, dass den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vom Bund die systemspezifischen Kenntnisse vermittelt werden, die für eine effiziente Anwendung des Systems C-VIS nötig sind.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdepartement



Daniel Wyler
Landstatthalter



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 16. Oktober 2024

Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 laden Sie uns zur Vernehmlassung zu Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Wir begrüßen die Anpassungen zur Umsetzung der genannten Verordnungen. In Bezug auf die Änderung der Verordnung über das zentrale Visa-Informationssystem und das nationale Visumssystem (SR 142.512; abgekürzt VISV) regen wir mit Blick auf die Verhältnismässigkeit und aus Gründen der Rechtssicherheit und Transparenz die Erstellung eines Kriterienkatalogs an. Aus ihm soll hervorgehen, weshalb die Überprüfung anhand der Fingerabdrücke unmöglich bzw. nicht möglich sein soll und die Identitätsprüfung subsidiär anhand des Gesichtsbild erfolgen kann.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Susanne Hartmann
Präsidentin

Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

**Kanton Schaffhausen
Finanzdepartement**

J. J. Wepfer-Strasse 6
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 72 50
cornelia.stammhurter@sh.ch



Finanzdepartement

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

per E-Mail:

vernehmlassungSBRE@sem.admi
n.ch

Schaffhausen, 11. Sept. 2024

**Vernehmlassung EJPD betreffend Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands);
Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 haben Sie uns eingeladen, in vorerwähnter Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Es ist zu begrüessen, dass das zentrale Visa-Informationssystem (C-VIS) künftig zusätzliche Informationen enthalten soll und auch bei Visa für einen längerfristigen Aufenthalt eine Abfrage der verschiedenen europäischen Systeme (SIS, EES, ETIAS, Europol, sowie der Interpol-Datenbanken SLTD [Datenbank für gestohlene und verlorene Reisedokumente] und TDAWN [Datenbank zur Erfassung von Ausschreibungen zugeordneten Reisedokumenten]) stattfindet. Die Erneuerung des C-VIS kann einen wichtigen Beitrag zur Gefahrenabwehr und Missbrauchsbekämpfung leisten.

Gleichzeitig möchten wir darauf hinweisen, dass die Vorlage zusätzliche Zuständigkeiten bzw. Aufgaben für die ohnehin überlasteten kantonalen Migrationsbehörden vorsieht. Die Umsetzung wird in spürbarem Umfang Infrastrukturen und personelle Ressourcen binden. Die Erfassungsgeräte sind bereits heute ausgelastet und deren zusätzliche Beschaffung ist mit langen Fristen verbunden. Neben dem zeitlichen Aufwand, der für die Trefferanalyse eingerechnet werden muss, stellt zudem auch die Tatsache, dass zukünftig für biometrische Aufenthaltstitel zehn Fingerabdrücke abgenommen werden müssen, für die Migrationsbehörden einen nicht zu unterschätzenden Zusatzaufwand dar. Vor diesem Hintergrund ersuchen wir Sie, die Umsetzung möglichst benutzerfreundlich und ressourcenschonend zu gestalten.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Finanzdepartement

A handwritten signature in blue ink, reading "C. Stamm Hurter". The signature is written in a cursive style with a large initial "C".

Dr. Cornelia Stamm Hurter
Regierungsrätin

Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Staatssekretariat für Migration SEM
Stabsbereich Recht
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

per E-Mail an:

vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

10. September 2024

Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu den Anpassungen der Verordnungen im Zusammenhang mit der Erneuerung des zentralen Visa-Informationssystems (C-VIS) Stellung zu nehmen. Wir begrüssen, dass das zentrale C-VIS künftig um zusätzliche Informationen erweitert wird und dass bei Visa für längerfristige Aufenthalte Abfragen in verschiedenen europäischen Systemen wie SIS, EES, ETIAS, Europol sowie in den Interpol-Datenbanken SLTD (für gestohlene und verlorene Reisedokumente) und TDAWN (für Ausschreibungen zugeordneter Reisedokumenten) durchgeführt werden. Wir sind überzeugt, dass diese Modernisierung des C-VIS einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit und zur Vermeidung von Missbrauch leisten kann.

Gleichzeitig möchten wir darauf hinweisen, dass es schwierig ist, den zusätzlichen Aufwand, der durch diese Neuerungen entsteht, genau abzuschätzen. Klar ist, dass die Vorlage zusätzliche Aufgaben für die bereits jetzt oft überlasteten kantonalen Migrationsbehörden vorsieht. Diese neuen Anforderungen werden sowohl Infrastruktur als auch personelle Ressourcen beanspruchen. Neben dem zeitlichen Aufwand, der für die Analyse von Treffern eingeplant werden muss, stellt auch die künftige Pflicht, für biometrische Aufenthaltstitel zehn Fingerabdrücke zu erfassen, eine zusätzliche Herausforderung dar. In diesem Zusammenhang erhoffen wir uns, dass nach der Erfassung einer Person im ZEMIS (etwa im Rahmen einer Dossiereröffnung) ein einfacher Knopfdruck, ähnlich einer Ripol-Abfrage, ausreichen wird, um zu überprüfen, ob die Person im C-VIS registriert ist oder relevante Daten vorliegen. Dies würde den Prozess erheblich vereinfachen und zur Effizienzsteigerung beitragen.

Wir danken Ihnen im Voraus für die Berücksichtigung unserer Anliegen und hoffen, dass diese in die weiteren Arbeiten einfließen werden.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Hodel
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatschreiber

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Justiz- und Polizeide-
partement (EJPD)
Herr Beat Jans
Bundesrat
Bundeshaus West
3003 Bern

Frauenfeld, 10. September 2024
606

Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationsystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)

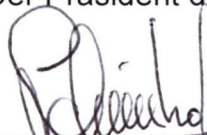
Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Entwurf für verschiedene Verordnungsanpassungen im Zusammenhang mit der Übernahme und Umsetzung der im Titel erwähnten EU-Verordnungen und teilen Ihnen mit, dass wir mit den Vorlagen einverstanden sind.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber



Numero
4986

fr

0

Bellinzona
16 ottobre 2024

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale di giustizia e polizia
DFGP
Palazzo federale ovest
3000 Berna

vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch
(Word e PDF)

Procedura di consultazione concernente la modifica di ordinanze per il recepimento e l'attuazione di regolamenti (UE) 2021/1133 e 2021/1134 relativi al sistema centrale d'informazione visti (sviluppi dell'acquis di Schengen)

Gentili Signore, egregi Signori,

abbiamo ricevuto la vostra lettera del 26 giugno 2024 in merito alla summenzionata procedura di consultazione relativa alle modifiche da apportare nel diritto interno, segnatamente l'adeguamento di quattro ordinanze (OVIS, OSIMIC, OEES e Ordipro) per il recepimento e la trasposizione dei regolamenti (UE) 2021/1133 e 2021/1134, i quali comportano la riforma del sistema centrale d'informazione visti (C-VIS). Tali modifiche sono state esaminate dall'Ufficio cantonale della migrazione con la collaborazione della Polizia cantonale.

Le novelle legislative contenute nella procedura in esame si rendono necessarie nell'ambito degli sviluppi dell'acquis di Schengen. Prendiamo atto che la riforma del sistema centrale d'informazioni visti consentirà di disporre di informazioni supplementari e che le Autorità designate potranno effettuare ricerche in tale sistema nell'ambito del rilascio di visti di soggiorno e di titoli di soggiorno. Altresì, tali adeguamenti normativi permetteranno l'interoperabilità delle varie banche dati europee, le quali potranno essere consultate in simultanea tramite un'unica ricerca dal portale europeo. Invero, le Autorità designate potranno ricevere dati dal C-VIS anche ai fini di prevenzione, individuazione e investigazione di infrazioni terroristiche e di altri reati gravi. Questo permetterà di far fronte alle nuove sfide della politica in materia di visti, di frontiere e di sicurezza.

Vi ringraziamo per averci dato la possibilità di esprimere il nostro giudizio e vi comunichiamo che l'Esecutivo cantonale, in linea di principio, accoglie gli adeguamenti legislativi proposti e necessari al recepimento nel diritto svizzero dei suindicati regolamenti europei.

RG n. 4986 del 16 ottobre 2024

Tuttavia, non concordiamo sulla modifica legislativa che impone alle Autorità migratorie d'ora in poi il rilevamento delle impronte digitali delle dieci dita, prima di procedere al rilascio della carta di soggiorno biometrica. A nostro avviso, questo cambiamento genererà un'importante quantità di lavoro aggiuntivo e non risulta né giustificato né necessario. In particolare, allungherà di molto il tempo necessario per il rilevamento delle impronte digitali. Infatti, già al momento l'acquisizione delle impronte digitali di due dita risulta molto laboriosa nel caso di bambini, cittadini stranieri con mani usurate (lavoratori), anziani e adolescenti.

Dalle prime stime a nostra disposizione potrebbe essere necessario molto più del doppio del tempo di quanto avviene attualmente con il prelievo delle impronte di sole due dita; inoltre ciò potrebbe comportare la necessità per i Cantoni di dotarsi di nuove apparecchiature per il rilevamento dei dati biometrici, con conseguente importante aggravio di costi a carico degli stessi.

In aggiunta, in considerazione della recente entrata in funzione dell'applicativo EES, si prevede un carico di lavoro maggiore per l'Ufficio della migrazione nell'evasione di richieste da parte degli ufficiali di Stato civile e dei Comuni in merito all'esame della legalità del soggiorno di cittadini stranieri nel nostro Paese. Si osserva che tali controlli finora venivano effettuati da tali Uffici in modo autonomo grazie al visto in forma cartacea presente sul passaporto. Da qui la necessità di segnalare all'Autorità federale di valutare l'accesso alla consultazione dei sistemi ETIAS, EES e VIS anche agli ufficiali di Stato civile.

Infine, per quanto concerne ulteriori aggravii economici e in termini di unità lavorative che gli adeguamenti legislativi citati comporteranno per i Cantoni, precisiamo che al momento attuale non è possibile quantificarli, anche se gli stessi saranno molto probabili.

Vogliate gradire, gentili signore, egregi signori, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Christian Vitta

Il Cancelliere

Arnoldo Coduri

Copia a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch)
- Polizia cantonale (polizia-segr@polca.ti.ch; servizio.giuridico@polca.ti.ch)
- Sezione della popolazione (di-sp.direzione@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet

Herr Bundesrat
Beat Jans
Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Elektronische Zustelladressen: vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Altdorf, 13. August 2024

Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 unterbreitet uns das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD die vorgesehenen Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes) zur Stellungnahme.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und äussern uns dazu wie folgt:

Die Übernahme und Umsetzung der eingangs erwähnten Verordnungen (EU) erfordert die Anpassung der folgenden nationalen Verordnungen:

- Verordnung über das zentrale Visa-Informationssystem und das nationale Visumsystem (Visa-Informationssystem-Verordnung, SR 142.512),
- Verordnung über das Zentrale Migrationsinformationssystem (ZEMIS-Verordnung, SR 142.513),

- Verordnung über das Einreise- und Ausreisensystem (EES-Verordnung, SR 142.206),
- Verordnung über das Informationssystem Ordipro (Ordipro-Verordnung, SR 235.21),
- Verordnung über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems (NSIS-Verordnung) und das SIRENE-Büro (N-SIS-Verordnung, SR 362.0).

Zu präzisieren sind einerseits der Inhalt des neuen Visa-Informationssystems und andererseits die neuen Zugriffe der für Visa und Aufenthaltstitel zuständigen Behörden auf verschiedene Systeme. Weiter sind mehrere Themenbereiche punktuell gemäss den Rechtsgrundlagen, die im Rahmen des Bundesbeschlusses über die Genehmigung und die Umsetzung der Notenaustausche zwischen der Schweiz und der EU genehmigt wurden, zu regeln.

Die vorgesehenen Anpassungen wurden im erläuternden Bericht ausgeführt. Wir haben dazu keine Bemerkungen und unterstützen die Anpassungen.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdirektion



Urban Camenzind, Regierungsrat

Elektronische Zustellung (PDF- und Word-Version) an:
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Monsieur le Conseiller fédéral
Beat Jans
Chef du département fédéral de justice et
police
3003 Berne

Par courriel : vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Réf. : 24_COU_5497

Lausanne, le 2 octobre 2024

Consultation fédérale (CE) Modification d'ordonnances en raison de la reprise et de la mise en œuvre des règlements (UE) 2021/1133 et (UE) 2021/1134 relatifs au système central d'information sur les visas (développements de l'acquis de Schengen)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat du canton de Vaud vous remercie de l'avoir invité à se prononcer dans le cadre de la consultation citée en marge.

Cette réforme permet aux autorités compétentes de vérifier les informations nécessaires relatives aux ressortissants d'Etats tiers soumis à l'obligation de visa.

Le Conseil d'Etat n'a pas de remarque sur le fond du projet, étant rappelé qu'il s'agit de la mise en œuvre de l'acquis Schengen.

Toutefois, le Conseil d'Etat regrette vivement l'augmentation de la charge de travail des autorités cantonales compte tenu, notamment, de l'augmentation de données personnelles saisies dans le C-VIS, ainsi que les coûts informatiques supplémentaires qui seront potentiellement engendrés.

En vous remerciant de l'attention portée à la présente, le Conseil d'Etat vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de ses sentiments respectueux.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER



Michel Staffoni

Copies

- Secrétariat général du DEIEP
- Service de la population
- Office des affaires extérieures



P.P. CH-1951
Sion

A-PRIORITY Poste CH SA

Monsieur
Beat Jans
Conseiller fédéral
Chef du Département fédéral de justice et
police
3003 Berne



Notre réf. STI / CMT / SPM

Date 16 OCT. 2024

Consultation relative à la modification d'ordonnances en raison de la reprise et de la mise en œuvre des règlements (UE) 2021/1133 et (UE) 2021/1134 relatifs au système central d'information sur les visas (développement de l'acquis Schengen)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Gouvernement valaisan vous remercie de l'avoir consulté pour la modification citée en objet.

Nous nous réjouissons de la reprise de cet acquis Schengen et du fait qu'à l'avenir, le système central d'information sur les visas (C-VIS) sera interfacé et permettra de consulter, lors de l'octroi de visas de longue durée, différents systèmes européens (SIS, EES, ETIAS, Europol), ainsi que les bases de données d'Interpol SLTD (base de données sur les documents de voyage volés ou perdus) et TDAWN (base de données sur les documents de voyage associés aux notices). Nous sommes convaincus que cette réforme contribuera de manière significative à la prévention de dangers et à la lutte contre les abus.

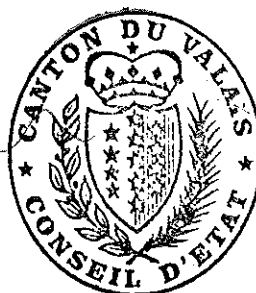
Nous sommes cependant préoccupés par l'augmentation des tâches qu'impliquera la mise en œuvre d'une consultation systématique des bases de données européennes et la saisie des empreintes des dix doigts, au lieu de deux actuellement, lors de l'établissement du titre de séjour. En effet, d'une part, l'analyse des éventuels résultats positifs dans les bases de données européennes consultées nécessitera du temps et des ressources supplémentaires. Le temps de traitement d'une demande de visa de long séjour augmentera. D'autre part, nos centres de saisie des données biométriques connaissent déjà un fort taux d'utilisation. La saisie de l'empreinte des dix doigts engendrera un délai d'attente rallongé.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez au présent courrier, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de nos meilleures salutations.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Franz Ruppen



La chancelière

Monique Albrecht

Copie à vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch





Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Herr Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus West
3003 Bern

Zug, 10. September 2024 rv

**Vernehmlassung zu Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)
Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, sich bis am 17. Oktober 2024 vernehmen zu lassen. Nach Durchsicht der Vernehmlassungsunterlagen teilen wir Ihnen gerne mit, dass wir mit der Vorlage einverstanden sind.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

Silvia Thalmann-Gut
Frau Landammann

Tobias Moser
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
(vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch; als PDF- und Word)
- Sicherheitsdirektion (info.sd@zg.ch)
- Amt für Migration (AFMKader@zg.local)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Staatskanzlei (info.staatskanzlei@zg.ch; zur Aufschaltung der Vernehmlassungsantwort im Internet)

Bern, 26. September 2024

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern
vernehmlassungSBRE@sem.admin



Vernehmlassung zu den Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans, Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wie folgt wahrnehmen. Die SP steht hinter einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Migrationspolitik. Deshalb unterstützt sie auch weiterhin die Teilnahme der Schweiz an Schengen und Dublin. Den vorliegenden Verordnungsanpassungen kann die SP Schweiz grundsätzlich zustimmen, hat jedoch Bedenken in Bezug auf den Datenschutz.

Mit den Verordnungen (EU) 2021/11331 und (EU) 2021/11342 wird das zentrale Visa-Informationssystem (C-VIS) erneuert, um neuen Herausforderungen in der Visa-, Grenz- und Sicherheitspolitik gerecht zu werden. Die EU hat mit dem Ziel der einheitlichen Anwendung der Vorschriften an den Schengen Aussen- und Binnengrenzen den Schengener Grenzkodex angepasst. Das Visa-Informationssystem ist eine EU-Datenbank, die die Grenzschutzbeamten an den Schengen-Aussengrenzen mit den Konsulaten der Schengen-Staaten in der ganzen Welt verbindet. Ferner werden verschiedene Verordnungen im Wesentlichen angepasst. Im erläuternden Bericht wird ausgeführt, dass der Schutz der Privatsphäre und der persönlichen Daten (Art. 13 BV) zu berücksichtigen ist. Die Erfassung von persönlichen und sensiblen Daten beschränke sich auf die im Gesetz und in der EU-VIS-Verordnung vorgesehenen Fälle. Sie liege zudem im öffentlichen Interesse und die Einschränkungen erscheinen somit verhältnismässig (Art. 36 Abs. 2 BV). Da das SIS eine umfassende Datenbank ist, die sensible Daten enthält, ist nach Ansicht der SP Schweiz jeweils im Einzelfall zu überprüfen, ob die Übermittlung der Daten verhältnismässig ist und es kann nicht allgemein festgehalten werden, dass dies in jedem Fall so ist. Es ist somit sicherzustellen, dass die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes eingehalten werden und Daten nur dann übermittelt werden, wenn die Voraussetzungen von Art. 36 BV erfüllt sind.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Handwritten signature of Mattea Meyer in blue ink.

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

Handwritten signature of Cédric Wermuth in blue ink.

Cédric Wermuth
Co-Präsident

Handwritten signature of Jessica Gauch in blue ink.

Jessica Gauch
Politische Fachreferentin

Département fédéral de justice et police
DFJP
Monsieur le Conseiller fédéral Beat
Jans
3003 Berne

Par courrier électronique :
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Berne, le 15 octobre 2024

Modification d'ordonnances en raison de la reprise et de la mise en œuvre des règlements (UE) 2021/1133 et (UE) 2021/1134 relatifs au système central d'information sur les visas (développements de l'acquis de Schengen)

Réponse de l'UDC Suisse à la procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Mesdames et Messieurs,

L'UDC Suisse vous remercie de l'avoir consultée au sujet de l'objet cité en titre. Après avoir examiné les détails du projet, elle a l'avantage de se prononcer comme suit :

L'UDC Suisse prend acte de la modification d'ordonnances proposée. Elle s'attend à une mise en œuvre aussi légère que possible pour les cantons, premières entités sollicitées en la matière.

La reprise et la mise en œuvre des règlements concernés ont été approuvées par le Parlement fédéral en décembre 2022 et le délai référendaire est échu. Il s'agit désormais pour le Conseil fédéral de modifier certaines ordonnances afin de préciser le contenu du nouveau système d'information sur les visas et les nouveaux accès prévus pour les autorités compétentes en matière de visas et de titres de séjour aux différents systèmes européens, que ce soit le système d'entrée et de sortie (EES), le système européen d'information et d'autorisation concernant les voyages (ETIAS), le système d'information Schengen (SIS) ou les éléments d'interopérabilité comme le répertoire commun de données d'identité (CIR) et le détecteur d'identités multiples (MID).

L'UDC Suisse rappelle, comme elle le fait à chaque fois en la matière, qu'elle n'accepte pas le principe de la reprise dynamique, pour ne pas dire automatique, des développements de l'acquis Schengen. En conséquence, elle se borne ici à répondre de manière pragmatique son silence ou son acceptation de certains points précis des

règlements à reprendre ne peuvent en aucun cas être interprétés comme une acceptation du système Schengen.

L'UDC prend acte du fait qu'il s'agit ici d'ordonnances de mise en œuvre de règlements d'ores et déjà repris par la Suisse et acceptés par le parlement. Elle prend aussi bonne note du fait que, selon le Conseil fédéral, aucune conséquence financière ou en personnel n'est à signaler. Dans ce contexte, elle ne s'y oppose pas et attend une mise en œuvre aussi légère que possible pour l'administration, les cantons et les usagers.

Réitérant ses remerciements de l'avoir associée à cette consultation, l'UDC Suisse vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames et Messieurs, à l'assurance de sa considération.

Avec nos meilleures salutations

UNION DÉMOCRATIQUE DU CENTRE

Le président du parti

Le secrétaire général



Marcel Dettling
Conseiller national

Henrique Schneider

Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
CH-3003 Bern

Per Email an
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Zürich-Flughafen, 10. September 2024

Vernehmlassung zu den Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) – Stellungnahme Flughafen Zürich AG

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 hat Herr Bundesrat Beat Jans die Flughafen Zürich AG zur Teilnahme an der im Titel erwähnten Vernehmlassung eingeladen. Wir schätzen diese Gelegenheit zur Stellungnahme sehr und möchten uns dafür bedanken.

Die Flughafen Zürich AG ist Eigentümerin und Betreiberin des grössten Landesflughafens mit rund 30 Millionen Passagieren im Jahr und die grösste Schengen-Aussengrenze der Schweiz. Die geplanten Änderungen betreffen jedoch hauptsächlich den Zoll und Grenzschutz, wofür sich die Kantonspolizei Zürich auszeichnet. Mit Blick auf die Passagierbewegungen und die Harmonisierung mit dem Schengen-Raum begrüssen wir jedoch die geplanten Änderungen.

Abschliessend bitten wir Sie, zukünftige Einladungen direkt an folgende Mail-Adresse zu senden: politik@zurich-airport.com. Vielen Dank für die Anpassung Ihrer Adressdatei.

Freundliche Grüsse



David Karrer
Leiter Public Affairs



Andrew Karim
Stv. Leiter Public Affairs

Der Präsident

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD
Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus Nord
3003 Bern

Per E-Mail an:

vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Bern, 16. Oktober 2024

Stellungnahme der KKPKS zu den Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 haben Sie uns zur Stellungnahme in titelerwähnter Sache eingeladen. Wir bedanken uns dafür und nehmen wie folgt Stellung:

Die KKPKS begrüsst die Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem im Rahmen der Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands. Durch die vorgesehenen Anpassungen werden die kantonalen Polizeibehörden über zusätzliche Daten verfügen, welche eine optimierte Identifizierung von Personen ermöglichen. Namentlich baut die Erweiterung des VIS um langfristige Visa und Aufenthaltstitel (Art. 16a E-VISV) die Kontrollmöglichkeiten aus, wodurch die Sicherheit erhöht werden kann. Darüber hinaus werden die Vernetzung mit bestehenden und künftigen IT-Systemen (Interoperabilität) sowie die Koordination mit den für die Grenzkontrolle und Migration zuständigen Behörden die Arbeit der kantonalen Polizeibehörden voraussichtlich erleichtern.

Die Überprüfung der Daten bzw. Treffer soll nach Ansicht der KKPKS allgemein möglichst einfach und benutzerfreundlich ausgestaltet sein. In diesem Sinne regen wir an, den Zusatz gemäss Art. 21 Abs. 2 E-VISV, wonach für die Datenbekanntgabe ein ausdrücklich begründeter Antrag sowie eine unabhängige Prüfung erforderlich ist, zu streichen. Es bleibt hier nämlich unklar, durch wen genau die unabhängige Prüfung zu erfolgen hat und auch welche Anforderungen an die Begründungsdichte des entsprechenden Antrags gestellt werden. Damit wird nach Ansicht der KKPKS eine überflüssige formelle Hürde geschaffen.



KKPKS
CCPCS

Konferenz der kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten
Conférence des commandantes et des commandants des polices cantonales
Conferenza delle e dei comandanti delle polizie cantonali

Der Präsident

Nicht zuletzt gilt es anzumerken, dass die in Art. 22b Abs. 1 E-VISV ausgewiesene manuelle Überprüfungsfrist von zwei Tagen bei der Ausstellung von Visa im Bereich der Flughäfen in wenigen Fällen zu einer Einreiseverweigerung führen könnte, da die betroffenen Personen jeweils vor Ort sind und die Ausstellung sowie Überprüfung dementsprechend zeitnah zu erfolgen hat.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Der Präsident

Mark Burkhard
Burkhard Mark
ONH4GH
2024.10.17 16:42:04
+02'00'

Mark Burkhard, Kdt Polizei Basel-Landschaft

Kopie z.K.: Mitglieder der KKPKS, GS KKJPD



Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement
3003 Bern

Per Mail an:
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Zürich, 14. September 2024

**Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der
Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-
Informationssystem**

Stellungnahme des Schweizerischen Verbandes für Zivilstandswesen (SVZ)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorstand des Schweizerischen Verbandes für Zivilstandswesen bedankt sich für die
Möglichkeit, zum im Titel genannten Geschäft Stellung nehmen zu dürfen und teilt mit, dass
er mit dem Inhalt der Vorlagen einverstanden ist.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Verband für Zivilstandswesen

Roland Peterhans
Präsident

Geschäftsstelle
Ostermundigenstrasse 99B
CH - 3006 Bern

Telefon +41 31 633 42 99
www.vkm-asm.ch
info@vkm-asm.ch

Eidgenössisches Justiz und
Polizeidepartement EJPD
Herr Bundesrat B. Jans
Bundeshaus West
3003 Bern

Per E-Mail:
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Bern, 15. Oktober 2024

Stellungnahme der VKM zu den Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem

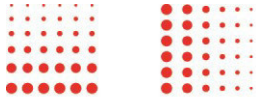
Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu den Verordnungsanpassungen, welche aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Erneuerung des zentralen Visa-Informationssystems nötig werden, Stellung zu nehmen.

Wir begrüssen, dass das zentrale Visa-Informationssystem (C-VIS) künftig zusätzliche Informationen enthalten soll und auch bei Visa für einen längerfristigen Aufenthalt eine Abfrage der verschiedenen europäischen Systeme (SIS, EES, ETIAS, Europol, sowie der Interpol-Datenbanken SLTD und TDAWN) stattfindet. Wir sind zuversichtlich, dass die Erneuerung des C-VIS einen wichtigen Beitrag zur Gefahrenabwehr und Missbrauchsbekämpfung leisten kann.

Gleichzeitig möchten wir mit Besorgnis darauf hinweisen, dass die Vorlage zusätzliche Zuständigkeiten vorsieht für die bereits heute häufig überlasteten kantonalen Migrationsbehörden.

Wir sprechen uns deshalb klar gegen den Vorschlag aus, dass die Migrationsämter zukünftig vor der Erteilung eines biometrischen Aufenthaltstitels systematisch alle zehn Fingerabdrücke abnehmen müssen. Diese Anpassung würde für die kantonalen Migrationsbehörden einen grossen Mehraufwand bedeuten, denn sie würde den zeitlichen Aufwand für die Fingerabdruckabnahme mindestens verdoppeln und ausserdem Infrastrukturen beanspruchen, welche heute bereits gut ausgelastet sind und deren Beschaffung viel Zeit und finanzielle



Verband Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED)
Association suisse des services des habitants (ASSH)
Associazione svizzera dei servizi agli abitanti (ASSA)
Associazion svizra dals servetschs als abitants (ASSA)

Per Mail an
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Mittelland, 10. September 2024

Betrifft: Vernehmlassung 2023/37

Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur obengenannten Vernehmlassung.

An dieser Stelle möchten wir auf unsere Stellungnahme zur Vernehmlassung 2023/36 hinweisen. Wir beantragen hiermit erneut den Zugriff für die Einwohnerdienste auf das Entry/Exit System (EES). Die heutige manuelle Abstempelung der Reisedokumente wird zugunsten eines Eintrages im EES ersetzt. Die Einwohnerdienste sind für die korrekte Führung des Einwohnerregisters auf diese Daten angewiesen.

Die Einwohnerdienste sind zuständig für die Registrierung aller schweizerischen und ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner auf dem Gemeindegebiet. Bei Zuzug in die Schweiz ist für die Anmeldung in der Gemeinde das Einreisedatum relevant. Bis anhin erfolgte die Prüfung bei Drittstaatenangehörigen anhand der visuellen Einreisestempeln im Pass.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Verband Schweizerischer Einwohnerdienste



Luis Gomez, Co-Präsident



Alexander Ott, Co-Präsident

Beilage:

Stellungnahme zur Vernehmlassung 2023/36

Mittel in Anspruch nimmt. In diesem Zusammenhang weisen wir auch darauf hin, dass gemäss der aktuellen Rechtslage für die Schweiz keine Pflicht besteht zu einer erweiterten Fingerabdruckabnahme bei der Erteilung von biometrischen Aufenthaltstiteln. Die Ausstellung von Aufenthaltsbewilligungen fällt nicht in den Anwendungsbereich des Visa-Kodex, dessen Revision Grundlage der vorliegenden Vernehmlassung bildet. Aufgrund der weitreichenden Konsequenzen auf die Ressourcen der Kantone darf eine solche Anpassung auch nicht vorzeitig im Hinblick auf mögliche zukünftige Entwicklungen des Schengenbesitzstandes vorgenommen werden.

Weiter erscheint uns wichtig, dass die Umsetzung der neuen Aufgaben möglichst benutzerfreundlich und ressourcenschonend gestaltet wird. Die Überprüfung von Treffern aus anderen Systemen sollte rasch sowie ohne Umwege und Doppelspurigkeiten realisiert werden können. In diesem Zusammenhang stellen niederschwellige Kommunikationswege wie das VIS-Mail für Rückfragen bei der Botschaft ein nützliches Hilfsmittel dar. Die zuständigen Mitarbeitenden müssen über alle notwendigen Zugänge und Rechte verfügen, sowie angemessen geschult und dokumentiert werden.

Damit die zusätzlichen Möglichkeiten zur Überprüfung der Identität zielgerichtet genutzt werden können, regt die VKM schliesslich eine Präzisierung von Art. 23 Abs. 2 VEV an (auf Verordnungs- oder Weisungsebene). Diese Bestimmung ermöglicht es dem SEM, von einem Gesuchstellenden zu verlangen, dass er für ein Visum für einen längerfristigen Aufenthalt persönlich bei der Schweizer Vertretung erscheinen muss. Die Umstände, unter denen eine solche Pflicht sinnvoll ist, sollten in einer nicht abschliessenden Form aufgelistet werden. Bei Konstellationen, die in den Zuständigkeitsbereich der kantonalen Migrationsbehörden fallen, schlägt die VKM vor, dass die angeregte Präzisierung in Zusammenarbeit mit den Kantonen erfolgt.

Wir danken Ihnen im Voraus für die Berücksichtigung unserer Anliegen und bitten Sie, diese in die weiteren Arbeiten einfließen zu lassen.

Freundliche Grüsse



Jürg Eberle
Präsident

Kopie
VKM Mitglieder
KKJPD Generalsekretariat

Bundesgericht
Tribunal fédéral
Tribunale federale
Tribunal federal



Der Generalsekretär
Av. du Tribunal fédéral 29
CH - 1000 Lausanne 14
Tel. +41 (0)21 318 91 11
www.bger.ch
Geschäftsnummer 003.1
DOCID 11114665

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Herr Bundesrat
Beat Jans

per E-Mail:
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Lausanne, 1. Oktober 2024 / ron

**Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der
Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-
Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 haben Sie das Bundesgericht eingeladen, in oben
erwähntem Vernehmlassungsverfahren Stellung zu nehmen; dafür danken wir Ihnen
bestens.

Wir teilen Ihnen mit, dass das Bundesgericht auf eine Stellungnahme verzichtet.

Freundliche Grüsse

Der Generalsekretär

Nicolas Lüscher

Kopie

- Bundesstrafgericht
- Bundesverwaltungsgericht
- Bundespatentgericht



Die Präsidentenkonferenz

Postfach, 9023 St. Gallen
Telefon +41 58 70 52727
Registratur-Nummer: 024.1
Geschäfts-Nummer: 2023-137

A-Post

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Herr Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus West
3003 Bern

PDF- und Word-Version per E-Mail an:

vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

St. Gallen, 8. Oktober 2024

Vernehmlassung: Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung vom 26. Juni 2024 zur Stellungnahme im eingangs erwähnten Vernehmlassungsverfahren danken wir Ihnen bestens. Wir haben den Entwurf sowie den erläuternden Bericht mit Interesse zur Kenntnis genommen.

In der vorliegenden Angelegenheit verzichtet das Bundesverwaltungsgericht auf eine Stellungnahme. Wir bitten Sie, bei der Auswertung der Vernehmlassung die Antwort des Bundesverwaltungsgerichts als Enthaltung und nicht als Zustimmung auszuweisen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Die Vorsitzende der
Präsidentenkonferenz


Annie Rochat Pauchard



Der stv. Generalsekretär


Bernhard Fasel

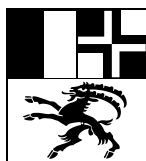
Kopie an:

- Bundesgericht
- Bundesstrafgericht
- Bundespatentgericht

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La Regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni



Sitzung vom

15. Oktober 2024

Mitgeteilt den

16. Oktober 2024

Protokoll Nr.

814/2024

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Per E-Mail (PDF- und Word-Version) zustellen an:

vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

**Vernehmlassung EJPD - Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme
und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betref-
fend das zentrale Visa-Informationssystem
(Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)
Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähn-
tem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die uns zugesandte Dokumentation haben wir geprüft. Die Regierung verzichtet auf
eine Stellungnahme zu den Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und
Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das
zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitz-
stands).

Als Kontaktperson für Rückfragen steht Ihnen Herr Rechtsanwalt lic. iur. Gianni Scandella, Juristischer Mitarbeiter Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit, zur Verfügung (Tel. Nr. 081 257 25 15; gianni.scandella@djsq.gr.ch).



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Von: [Maeder Sabine](#)
An: [SEM-Vernehmlassung_SBRE](#)
Betreff: WG: Vernehmlassung / Consultation / Consultazione
Datum: Mittwoch, 10. Juli 2024 15:10:28
Anlagen: [image001.png](#)
[image002.png](#)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Möglichkeit zur untenstehenden Vernehmlassung Stellung nehmen zu können.

Da die Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) unsere Mitglieder nicht tangiert, verzichtet der Schweizerische Arbeitgeberverband auf eine Stellungnahme zu dieser Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse
Sabine Maeder

Assistentin
SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
Hegibachstrasse 47
Postfach
8032 Zürich
Tel. +41 44 421 17 17
Direktwahl: +41 44 421 17 42
maeder@arbeitgeber.ch
<http://www.arbeitgeber.ch>



Von: vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch
<vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch>
Gesendet: Mittwoch, 26. Juni 2024 17:58
Betreff: Vernehmlassung / Consultation / Consultazione
Priorität: Hoch

Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 26. Juni 2024 hat der Bundesrat die im Titel erwähnte Vernehmlassung eröffnet und lädt Sie ein, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens bis zum 17. Oktober 2024 Stellung zu nehmen. Weitere Details zur Vernehmlassung entnehmen Sie bitte den Unterlagen. Die Vorlage und die Vernehmlassungsunterlagen können über die folgende Internetadresse bezogen werden: https://fedlex.data.admin.ch/eli/dl/proj/2023/37/cons_1

Besten Dank für Ihre wertvolle Mitarbeit.

Freundliche Grüsse

Albrecht Dieffenbacher

Staatssekretariat für Migration SEM
Chef Stabsbereich Recht

Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern
Tel. (+41) 58 465 95 42
albrecht.dieffenbacher@sem.admin.ch
www.sem.admin.ch

Modification d'ordonnances en raison de la reprise et de la mise en oeuvre des règlements (UE) 2021/1133 et (UE) 2021/1134 relatifs au système central d'information sur les visas (développements de l'acquis de Schengen): ouverture de la consultation

Mesdames, Messieurs,

Le 26 juin 2024, le Conseil fédéral a ouvert la procédure de consultation sur l'affaire mentionnée en objet. Il vous invite à prendre position d'ici au 17 octobre 2024. Vous trouverez de plus amples détails sur cette procédure de consultation dans la documentation ci-jointe:

https://fedlex.data.admin.ch/eli/dl/proj/2023/37/cons_1

En vous remerciant de votre précieuse collaboration, nous vous prions d'agréer, Mesdames, Messieurs, nos salutations distinguées.

Albrecht Dieffenbacher

Chef de l'État-major Affaires juridiques
Secrétariat d'État aux migrations SEM

Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern
Tel. (+41) 58 465 95 42
albrecht.dieffenbacher@sem.admin.ch
www.sem.admin.ch

Modifica di ordinanze per il recepimento e l'attuazione dei regolamenti (UE) 2021/1133 e 2021/1134 relativi al sistema centrale d'informazione visti (sviluppi dell'acquis di Schengen): avvio della consultazione

Gentili Signore e Signori,

il 26 giugno 2024 il Consiglio federale ha avviato la consultazione sull'oggetto menzionato in calce. In tale contesto vi invitiamo a esprimere un parere entro il 17 ottobre 2024. Maggiori dettagli si evincono dalla documentazione. La documentazione in consultazione è disponibile all'indirizzo: https://fedlex.data.admin.ch/eli/dl/proj/2023/37/cons_1

Ringraziandovi sin d'ora per la preziosa collaborazione porgiamo cordiali saluti.

Albrecht Dieffenbacher

Capo stato maggiore Diritto
Segreteria di Stato della migrazione SEM

Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern
Tel. (+41) 58 465 95 42
albrecht.dieffenbacher@sem.admin.ch
www.sem.admin.ch



Herr Bundesrat Beat Jans
Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement EJPD

Per Mail an:

helena.schaer@sem.admin.ch, michelle.truffer@sem.admin.ch
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Bern, 29. August 2024

Kontaktperson: David Sansonnens, Direktor VSAA
Tel. 031 310 08 94 / Mail: david.sansonnens@vsaa.ch
(int. Ref. 2024-10)

**Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme und Umsetzung der
Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 betreffend das zentrale Visa-
Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands): Eröffnung
des Vernehmlassungsverfahrens
Verzicht auf eine Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zu den Verordnungsanpassungen aufgrund der
Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134
betreffend das zentrale Visa-Informationssystem (Weiterentwicklungen des Schengen-
Besitzstands) Stellung zu nehmen.

Der VSAA verzichtet auf eine direkte Stellungnahme.

Besten Dank für die Kenntnisnahme
Freundliche Grüsse

Verband Schweizerischer Arbeitsmarktbehörden VSAA


Nicole Hostettler
Präsidentin


David Sansonnens
Direktor

Kopie (per mail)

Volkswirtschaftsdirektionskonferenz VDK, z.H. Herrn Matthias Schnyder, Generalsekretär
Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden VKM, z.H. Frau Regine Schweizer, Geschäftsführerin

Beilage: keine